

Polarisierung in der Demokratie: Formen und Wirkungen

Ludger Helms^{1,*}

¹ Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, Österreich

* E-Mail: Ludger.Helms@uibk.ac.at

Zusammenfassung

Obwohl Polarisierung seit langem als ernsthafte Herausforderung demokratischer politischer Systeme betrachtet wird, sind deren unterschiedlichen Formen und Wirkungen bislang kaum aus vergleichender Perspektive analysiert worden. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen sozialen und politischen Dimensionen der Polarisierung betrachtet der Beitrag schwerpunktmäßig die Wirkungen letzterer auf die Demokratiequalität und die Funktionsweise demokratischer Regierungssysteme. Dabei zeigt sich, dass politische Polarisierung der Demokratie nicht grundsätzlich wesensfremd ist und eine Reihe von Effekten zeitigen kann, die das Gelingen der Demokratie potentiell befördern. Zugleich gibt es jedoch beträchtliche Kosten politischer Polarisierung, die bis zur Zerstörung der Demokratie reichen können. Deren konkrete Höhe bemisst sich maßgeblich nach der Qualität und Intensität der Polarisierung sowie der Beschaffenheit des jeweiligen institutionellen, politischen und gesellschaftlichen Kontextes.

Schlüsselwörter

Polarisierung, Demokratie, Werte, Strategie, Parteien, Populismus

Polarization in Democratic Regimes: Manifestations and Effects

Abstract

While polarization is widely considered to pose a serious challenge to democratic governance, the manifestations and effects of polarization have rarely, if ever, been assessed from a comparative perspective. Starting from the basic distinction between social and political forms of polarization, this article examines the complex effects of the latter on the working of democratic regimes, and more specifically the quality of democracy. This inquiry suggests that political polarization is not alien to democracy and may indeed generate several welcome effects, suitable to help the cause of democratic governance. At the same time, however, there can be very considerable costs of political polarization which, ultimately, may even destroy democracy. The size of this challenge depends largely on the particular nature and intensity of political polarization as well as the institutional, political and social contexts in which polarization occurs.

Keywords

Polarization, democracy, values, strategy, parties, populism

Acknowledgment

Der externen anonymen Begutachtung einer früheren Fassung dieses Beitrags verdanke ich zahlreiche substantielle Anregungen, für die ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken möchte. Wie immer gilt, dass sämtliche der möglicherweise verbliebenen Fehler und Schwächen allein zu meinen Lasten gehen.

The author has declared that no competing interests exist.

Polarisierung als komplexes und dynamisches politisch-gesellschaftliches Phänomen ist aus der Geschichte und Gegenwart politischer Systeme nicht wegzudenken. Das gilt nicht nur für die Familie der demokratischen politischen Systeme, obwohl sich die meisten jüngeren Auseinandersetzungen zum Gegenstand auf demokratische Kontexte beziehen. Vor allem in den Vereinigten Staaten ist politische Polarisierung in den vergangenen Jahren zu einem (nicht nur) politikwissenschaftlich außergewöhnlich intensiv diskutierten Gegenstand avanciert (vgl. etwa zuletzt Binder 2014; Hare/Toole 2014; Rosenfeld 2014; Hetherington/Rudolf 2015; Kenworthy 2015; Brewer/Stonecash 2015; Persily 2015; Smidt 2015; Thurber/Yoshinaka 2015; Jewitt/Goren 2016; Lelkes 2016; Gentzkow 2016). Mit der umstrittenen Präsidentschaftskandidatur und dem Wahlsieg Donald Trumps hat die Debatte über Formen und Wirkungen politischer Polarisierung dort jüngst zusätzlichen Schub erhalten. In der europäischen und insbesondere der deutschsprachigen Politikwissenschaft ist dem Gegenstand hingegen bislang relativ wenig Beachtung zuteil geworden. Auch in den großen Standardwörterbüchern der Politikwissenschaft sucht man nach einem Eintrag zum Gegenstand vergebens. Eine der wenigen Ausnahmen bildet das „Wörterbuch zur Politik“ von Manfred G. Schmidt, wo „Polarisierung“ denkbar knapp als ein „Vorgang, bei dem eine Gegensätzlichkeit (zunehmend) hervortritt“ (Schmidt 2010, 601) beschrieben wird.

Ziel dieser Abhandlung ist es, die wichtigsten jüngeren Beiträge der internationalen Politikwissenschaft zum Gegenstand – im Kontext der übergeordneten Frage nach den Auswirkungen der Polarisierung auf die Demokratie – zu diskutieren. Mit der Wahl dieser Perspektive wird auf eine Würdigung einer großen Zahl von Arbeiten, die nach den Ursachen unterschiedlicher Formen der Polarisierung fragen (vgl. zuletzt etwa Lijphart 2015) verzichtet. Ebenso bleiben Arbeiten zur politischen Ökonomie der Polarisierung in autokratischen und semi-autoritären Systemen (vgl. etwa Alder/Wang 2014; Bonura 2015) bewusst ausgeblendet.

Auch eine auf die systemischen Effekte von Polarisierung in der Demokratie konzentrierte Betrachtung erfordert eine Reihe von basalen Differenzierungen, wie jene zwischen (unterschiedlichen Formen) sozialer Polarisierung einerseits und einer im engeren Sinne politischen Polarisierung andererseits. Der Schwerpunkt der nachfolgenden Betrachtungen liegt auf den zuletzt genannten Ausformungen. Mit Blick auf deren Wirkungen auf die Demokratie erweist sich in der Analyse dabei nicht nur die Qualität und Intensität der Polarisierung, sondern auch der institutionelle, politische und gesellschaftliche Kontext als bedeutsam.

1 Soziale Polarisierung am Beispiel ökonomisch bedingter sozialer Ungleichheit

Die Gegensätzlichkeit, die sich im Zuge eines dynamischen Prozesses der Polarisierung herausbildet (vgl. Schmidt 2010, 601), kann sich auf Unterschiedliches beziehen. Dazu gehört auf der Ebene der Gesellschaft, neben vielen anderen, etwa die ethnische Polarisierung, wobei Polarisierung mit ethnischer Heterogenität und Fraktionalisierung zu übersetzen wäre (vgl. Merkel/Weiffen 2012). Als für die meisten BetrachterInnen länderübergreifend wichtigste Form der Polarisierung auf der Ebene der Gesellschaftsstruktur gilt jedoch die ökonomische Ungleichheit. Eine Gesellschaft mit einer großen Differenz zwischen ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten wäre in dieser Hinsicht eine polarisierte Gesellschaft (vgl. etwa Pfaller 2012).

Obwohl es analytisch Sinn macht, ökonomisch bedingte soziale Polarisierung von im engeren Sinne politischen Formen der Polarisierung abzugrenzen, bei denen es stärker um Werte, Einstellungen und Handlungen individueller und kollektiver politischer Akteure geht (vgl. Abschnitt 2), besitzt auch erstere unzweifelhaft eine genuin politische Relevanz. Sie generiert nicht nur weitreichende sozialpolitische Herausforderungen, sondern zeitigt zugleich umfangreiche problematische Folgen in ganz unterschiedlichen Bereichen der Organisation demokratischer Gemeinwesen (vgl. Schäfer 2010; Piketty 2014; Lakoff 2015). Einige davon betreffen auch die Basiskomponenten des politischen Prozesses und die werte- und einstellungsbezogene Polarisierung von Gesellschaften, welche an dieser Stelle kurz gewürdigt seien.

So gibt es zunächst einen seit langem erwiesenen Zusammenhang zwischen dem sozialen und ökonomischen Status von BürgerInnen und deren politischer Beteiligungsbereitschaft. Die Bereitschaft zur Teilnahme steigt, unter sonst gleichen Bedingungen, mit dem sozialen und ökonomischen Status (vgl. Delwit 2013). Geringe Wahlbeteiligung geht deshalb mit einem „class bias“ zugunsten besser situierter WählerInnen einher, deren Wirkungen nicht allein auf Fragen politischer Repräsentation beschränkt sind. Da sich Parteien stärker an WählerInnen als an NichtwählerInnen ausrichten, schlägt dieser „bias“ auch auf das Tun und Lassen regierender Parteien durch (vgl. Schmitter/Trechsel 2004, 30, 38; Brennan/Hill 2014, Kap. 6). Einen entsprechenden Zusammenhang zwischen dem ökonomisch-sozialen Status von BürgerInnen einerseits und den Mustern politischer Beteiligung andererseits gibt es übrigens auch auf der Ebene der direkten Demokratie; die politisch-materiellen Effekte des „class bias“ zeigen sich dabei in Ge-

stalt eines ausgeprägten „fiskalpolitischen Konservatismus“ sogar besonders deutlich (vgl. Merkel 2011).

Von jeher als im höchsten Sinne politisch relevant betrachtet wurde der Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Polarisierungsgrad eines Gemeinwesens einerseits und der werte- und einstellungsbezogenen Polarisierung der Gesellschaft, einschließlich der diesbezüglichen „Selbstverortung“ von BürgerInnen, andererseits. Lange Zeit galt dabei als erwiesen, dass erstere die letztere befördert (vgl. McCarty et al. 2006). Zu den bemerkenswerten Befunden der jüngsten Forschung gehört es deshalb, dass es keinen bzw. offenbar sogar einen *negativen* Zusammenhang zwischen der Einkommensungleichheit und dem Ausmaß an einstellungsbezogener Polarisierung auf der Ebene der Bevölkerung in einem Land gibt. Und das hat vor allem einen Grund: Länder mit ausgeprägter Einkommensungleichheit sind auch durch schlechtere Werte bei der durchschnittlichen politischen Information von BürgerInnen gekennzeichnet. Deshalb tendieren diese häufig dazu, sich weitgehend unreflektiert eher in der Mitte des politischen Spektrums einzuordnen (Iversen/Soskice 2015).

Auch der Zusammenhang zwischen der Einkommensungleichheit in der Gesellschaft und der Polarisierung auf der Ebene des Parteiensystems ist keineswegs durchwegs stark. Ein signifikanter Zusammenhang lässt sich praktisch nur in solchen Systemen beobachten, in denen das Wahlsystem eine Polarisierung des Parteienwettbewerbs nachhaltig begünstigt (Han 2015). Wichtig ist in diesem Kontext außerdem die Einsicht, dass das von den jeweiligen ökonomischen Umständen mitbestimmte Maß an werte- und einstellungsbezogener Polarisierung auf der Ebene der Gesellschaft in einem stark variablen Verhältnis zum Polarisierungsgrad auf der Ebene des Parteiensystems steht. Insbesondere spiegelt eine ausgeprägte Polarisierung zwischen den politischen Parteien eines Systems keineswegs zwingend eine stark ausgeprägte politische Polarisierung auf der Ebene der Gesellschaft wider. Studien zu unterschiedlichen Ländern zeigen, dass Parteien auch in Systemen radikal polarisierend zu Wege gehen (können), in denen es entsprechende Positionen innerhalb der Gesellschaft nur in geringem Maße gibt (vgl. Hetherington 2009; Armingeon/Engler 2015). Dabei tragen intensive Parteigänger („partisans“) mit ihren Aktivitäten offenbar entscheidend zur gesellschaftlichen Wahrnehmung gewachsener bzw. wachsender politischer Polarisierung bei (Lelkes 2016). In ihren Wirkungen verstärkt werden gezielte Polarisierungsstrategien politischer Akteure und die Wahrnehmung ausgeprägter Polarisierung auch durch eine entsprechende Medienberichterstattung. Eine Studie zu den USA gelangt zu dem Ergebnis: „media coverage of polarization increases citizens' beliefs that the electorate is polarized“ (Levendusky/Malhotra 2016, 283).

2 Politische Polarisierung: Werte, Einstellungen und Handlungsmuster politischer Akteure

Das hier vertretene Verständnis der Natur politischer Polarisierung wurde durch das bislang Gesagte bereits im Kern vorweggenommen. Es sei an dieser Stelle gleichwohl präzisiert: Unter politischer Polarisierung werden in diesem Beitrag Formen der Polarisierung gefasst, die sich auf der Ebene von Werten, Einstellungen und Handlungen individueller und kollektiver politischer Akteure bewegen – in Abgrenzung gegenüber Formen der ökonomisch bedingten sozialen Polarisierung, welche in ihren potentiellen Wirkungen zweifellos politisch höchst relevant ist, mit der für sich betrachtet jedoch lediglich das Ausmaß an ökonomischer Ungleichheit beschrieben wird. Mit Blick auf Formen politischer Polarisierung ist zunächst zwischen den Dimensionen Status einerseits und Prozess andererseits zu unterscheiden. Als Status bezeichnet politische Polarisierung das zu einem bestimmten Zeitpunkt vorherrschende Ausmaß an auf politische Fragen bezogener, werte- und einstellungsbezogener Differenz bzw. Distanz zwischen Individuen oder Gruppen eines Gemeinwesens. Dieser Zustand ist freilich grundsätzlich veränderbarer Natur. Zu den Triebfedern der politischen Polarisierung auf der prozessualen Ebene gehören Handlungen politischer Akteure, die darauf gerichtet oder jedenfalls geeignet sind, das in einem System bestehende bzw. wahrgenommene Maß an Polarisierung zu befördern. Dazu zählen Entscheidungen ebenso wie kommunikative Akte. Handlungen sind üblicherweise wertebasiert; gerade für den Bereich der Politik gilt indes, dass Handlungen auch strategisch oder gegebenenfalls taktisch motiviert sein können (vgl. Raschke/Tils 2012). Werte und Einstellungen, die sich zu komplexeren ideologischen Positionen verdichten können, können auf sehr unterschiedliche Weise zu programmatischen Positionen politischer Akteure transformiert, und entsprechende Positionen und Gegensätze auf sehr unterschiedliche Weise kommuniziert und öffentlich inszeniert werden. Manifestationen politischer Polarisierung kann es grundsätzlich sowohl auf der Ebene der Gesellschaft als auch auf der Ebene des institutionell verfassten Regierungssystems geben. Nachdem erstere im Zusammenhang mit den politischen Wirkungen ökonomisch bedingter sozialer Polarisierung bereits im vorausgehenden Abschnitt angesprochen wurden, geht es in den übrigen Teilen dieses Beitrags primär um die Manifestationen und Wirkungen politischer Polarisierung auf der Ebene des Regierungssystems.

Politische Polarisierung hat die Politikwissenschaft lange Zeit vor allem mit Blick auf den „Charakter“ von Parteiensystemen beschäftigt. Die Einsicht, dass dieser in hohem Maße vom Ausmaß der vorherrschenden Polarisierung – der programmatisch-ideologischen Di-

stanz zwischen den einzelnen Parteien eines Systems – abhängt, reicht zurück bis in die siebziger Jahre und die einflussreichen Arbeiten Giovanni Sartoris. Für Sartori ist die anhand der jeweiligen programmatisch-ideologischen Konfiguration zu bestimmende Wettbewerbsstruktur eines Parteiensystems (die „Mechanik“) potentiell nicht minder wichtig für dessen Funktionsprofil als die Anzahl der Parteien eines Systems (das „Format“). Aus dieser doppelten Differenzierung resultieren bei Sartori unterschiedliche Typen von demokratischen Parteiensystemen, wie der „moderate Pluralismus“ oder der „polarisierte Pluralismus“ (vgl. Sartori 1976).

Damit knüpfte Sartori an die einflussreiche „cleavage theory“ (Lipset/Rokkan 1967) an, der gemäß Parteiensysteme im Kern Ausdruck bestimmter Formationen gesellschaftlicher Konfliktlinien sind. Schon bei Lipset und Rokkan wird jedoch darauf hingewiesen, dass sich Parteiensysteme zwar auf einem bestimmten Geflecht gesellschaftlicher Konfliktlinien erheben, sich dieses aber nicht unmittelbar und gleichsam „von selbst“ auf der Ebene des Parteiensystems widerspiegelt (vgl. auch Kriesi 1998, 167). Bei Sartori wird diese Annahme noch deutlich stärker pointiert und spezifiziert. Letztlich ist die Entwicklung von Parteiensystemen für ihn geprägt durch die Strategiewahl politischer Parteien, welche im Rahmen der Parameter der gesellschaftlichen Konfliktlinien und unter Berücksichtigung weiterer, politischer und institutioneller Kontextbedingungen des Parteienwettbewerbs stattfindet (vgl. Sitter 2002, 429). Damit wirkt das Ausmaß der Polarisierung in der strategischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien zugleich auf die Beständigkeit und die politische Bedeutung gesellschaftlicher Konfliktlinien zurück.

Cleavages can be characterized by segmentation, meaning that parties have strongly diverging positions and parties, and voters are durably aligned along a conflict. Alternatively, they can live on primarily in terms of ideology and feelings of belonging, without being reinforced by contrasting voter orientations and party positions (Bornschieer 2009, 5).

Die seinerzeit bahnbrechenden Konzeptualisierungen Sartoris haben ihre Substanz und Ausstrahlung auch Jahrzehnte später nicht eingebüßt (vgl. Evans 2002). Insbesondere die Beziehung zwischen der Anzahl der Parteien eines Systems und dem Polarisierungsgrad sind in der Forschung allerdings weiterhin umstritten. Letztlich scheint der Zusammenhang zwischen beiden Dimensionen ein eher schwacher zu sein. In jüngeren Arbeiten wurde jedenfalls mit Entschiedenheit betont, dass der Polarisierungsgrad eines Parteiensystems im Vergleich zur Anzahl der Parteien die bei weitem wichtigere Eigenschaft von Parteiensystemen bezeichne, etwa mit Blick auf die Stabilität politischer Systeme (vgl.

Dalton 2008). In der Politikwissenschaft der Gegenwart sind Vorstellungen von politischer Polarisierung indes ohnehin längst nicht mehr auf die Wettbewerbsstruktur von Parteiensystemen beschränkt. Ebenso dient der Begriff zur Erfassung politischer Positionen und Strategien öffentlicher Mobilisierung auf der Ebene individueller oder kollektiver Akteure jenseits der spezifischen Organisationsform politischer Parteien, etwa im Kontext politischer Auseinandersetzungen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften über politische Großprojekte (vgl. etwa Nagel 2014).

Wichtig im hier entwickelten Zusammenhang erscheint weiters zunächst die Frage nach dem prinzipiellen Verhältnis von im engeren Sinne politischen Formen der Polarisierung und der Demokratie. Dabei wird die folgende Grundposition vertreten: Obwohl „Polarisierung“ im politischen Sprachgebrauch der Gegenwart gewiss eher negativ als positiv besetzt ist, und eine nähere Betrachtung von deren Wirkungen tatsächlich überwiegend problematische Aspekte zutage fördert (vgl. Abschnitt 3), ist zunächst festzuhalten, dass die Möglichkeit politischer Polarisierung – im Sinne einer Entwicklung und öffentlichen Vertretung potentiell auch gravierend divergierender politischer Positionen – eng mit der Idee des Pluralismus und des demokratischen Wettbewerbs um politische Macht sowie deren demokratischer Legitimierung verknüpft ist (vgl. Dahl 1961; Fraenkel 2011). Sie kann folglich nicht ohne weiteres als mit der Demokratie inkompatibel bzw. „demokratieschädigend“ klassifiziert werden.

Freilich ließe sich mit Rekurs auf etablierte Begriffe der angelsächsischen Demokratieforschung argumentieren, dass es bei dem institutionalisierten Recht auf Opposition – als unveräußerlichem Merkmal demokratischer politischer Systeme – möglicherweise eher um „contestation“ geht (so bahnbrechend Dahl 1966; vgl. Helms 2002, Kap. 1) als um Polarisierung. Allerdings ist substantieller Widerspruch bei näherer Betrachtung an die Voraussetzung einer Existenz entgegengesetzter inhaltlicher Positionen geknüpft, welche im Zuge einer öffentlichen Auseinandersetzung zum Tragen gebracht werden können. Dabei handelt es sich nicht um etwas, das die Demokratie lediglich zu „tolerieren“ hätte, sondern vielmehr um eine zentrale Voraussetzung der Möglichkeit demokratischen Wettbewerbs überhaupt und zugleich die Grundlage speziellerer Ausformungen der Herrschaftsorganisation der repräsentativen Demokratie, wie insbesondere des Konzepts des „party government“. Die mangelnde Unterscheidbarkeit des Programmangebots konkurrierender Parteien wurde dabei zurecht als Achillesferse des Systems der Parteienregierung und als potentielle Quelle weitreichender gesellschaftlicher Entfremdung vom politischen System herausgestellt (Mair 2008).

Dabei geht es nicht nur um die politische Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die bestehende Ordnung. Zu den großen Versprechen der Demokratie gehört neben vielen anderen Dingen auch die prinzipielle Aussicht auf substantielle politische Wechsel im Zuge von Alternationen an der Regierung, welche ohne eine hinreichende Unterschiedlichkeit inhaltlicher politischer Positionen und deren Verdeutlichung durch unterschiedliche wahlwerbende Gruppierungen in der kompetitiven Arena nicht möglich ist (vgl. Helms 2016, 460). Freilich können einige der vertretenen Positionen so fundamental unterschiedlich sein, dass sie letztlich über die bestehende Ordnung hinausweisen. In diesem Sinne beinhaltet das Konzept des „polarisierten Pluralismus“ bei Sartori die Existenz fundamentaloppositioneller Parteien. Allerdings wäre es konzeptuell und empirisch gleichermaßen verkürzt, politische Polarisierung auf der Ebene inhaltlicher Positionen und der öffentlichen Bewerbung dieser Positionen grundsätzlich als „fundamentaloppositionell“ oder „demokratiefeindlich“ zu klassifizieren. Notwendige Differenzierungen – und die Möglichkeit weitergehender Bewertungen – ergeben sich vielmehr erst aus der empirischen Betrachtung unterschiedlicher Formen politischer Polarisierung.

3 Kosten und Nutzen politischer Polarisierung in der Demokratie

In diesem Abschnitt der Betrachtung wird nach den positiven und negativen Wirkungen der im engeren Sinne politischen Polarisierung auf die Demokratie bzw. die Demokratiequalität politischer Systeme gefragt. Berücksichtigt werden dabei vor allem die Dimensionen Integration, Partizipation und Kontrolle, welche in erheblichem Maße an die Existenz bestimmter Voraussetzungen geknüpft sind. Berücksichtigt werden auch übergeordnete Aspekte und Erfordernisse des Gelingens der Demokratie, wie das Vertrauen von Gruppen zueinander bzw. in das betreffende politische System. Unter den Bedingungen der repräsentativen und speziell der parlamentarischen Demokratie erweist sich die Schaffung entsprechender Ressourcen nicht zuletzt als abhängig vom Agieren der Akteure Regierung und Opposition, denen im Rahmen dieses Bewertungsversuchs ein entsprechend großer Raum gegeben wird. Speziellere Bewertungen müssen den jeweiligen Kontext berücksichtigen, welcher auch auf der Ebene der Bewertungsmaßstäbe zu reflektieren ist: Während etwa ein Mehr an Integration, Partizipation und Gleichheit in hohem Maße als „gut per se“ gelten kann, lässt sich über den möglichen Nutzen und Schaden von intensiven Aushandlungszwängen bis hin zur möglichen Blockade einzelner Entscheidungen ohne Berücksichtigung der Qualität der politischen Aus-

einandersetzung sowie weiterer Basisparameter politischer Systeme nicht angemessen urteilen.

Auf der Grundlage des weiter oben umrissenen Konzepts politischer Polarisierung lassen sich zunächst eine Reihe potentiell positiver Effekte – im Sinne eines spezielleren Beitrags zum Gelingen der Demokratie – ausmachen: Zu den möglichen *Leistungen bzw. nützlichen Effekten* einer polarisierten öffentlichen Auseinandersetzung auf der Ebene politischer Eliten gehört dabei die Schaffung von Transparenz, Übersichtlichkeit und Orientierung. Transparenz ist kein Selbstzweck und produziert nicht in jedem Fall ein Mehr an Legitimität (vgl. De Fine Licht et al. 2014; Kosack/Fung 2014), aber unter den Bedingungen der repräsentativen Demokratie speist sich Demokratiequalität zumindest auch aus der Chance der WählerInnen, politische Alternativen identifizieren und zwischen diesen bewusst wählen zu können. So folgert auch Levendusky in einer methodisch anspruchsvollen Studie mit experimentellem Design:

It is well-known that ordinary voters must rely on elites to make sense of the political world ... When elites are polarized, cue taking becomes much simpler (Levendusky 2010, 115).

Insbesondere wenn Oppositionsparteien auf die Strategie der politischen Polarisierung setzen, steigt zudem der öffentliche Rechtfertigungsdruck von Entscheidungsträgern, worin nach heute vorherrschendem Verständnis eine der tragenden Säulen hoher Demokratiequalität zu sehen ist (vgl. etwa Peter 2014; Christiano 2015). Tatsächlich könnte ein Mehr an Polarisierung auch im Dienste von mehr „accountability“ und einer erhöhten öffentlichen Kontrolle von politischem Handeln stehen:

„When parties and politicians take clear stances on issues“, so argumentieren Epstein und Graham, „it is easier for media professionals and interest groups to inform voters – sometimes quickly – as to whether elected officials are delivering on their pledges“ (Epstein/Graham 2007, 16).

Etwas Weiteres kommt hinzu: Vor allem im amerikanischen Kontext konnte nachgewiesen werden, dass die gewachsene Polarisierung zwischen Akteuren der kompetitiven Arena begleitet wurde von einem Anstieg der politischen Beteiligung bei Wahlen (Epstein/Graham 2007, 16). Diese These wurde auch in vergleichend angelegten Arbeiten formuliert und empirisch untermauert (vgl. etwa Hetherington 2008; Delwit 2013, 44-45). Ferner gibt es Hinweise darauf, dass politische Polarisierung auch die Parteiidentifikation von Bürgern befördern könnte.

By providing an ideological anchor to candidate evaluations, polarization produces a reliable base of party support that is less responsive to short-term forces (Smidt 2015, 1).

Vor allem in jungen Demokratien gilt Parteidentifikation als Faktor, welcher der demokratischen Konsolidierung und der Stabilität eines Gemeinwesens zugutekommt (Lupu 2015); sofern die Identifikation mit einer Partei eine Parteimitgliedschaft nach sich zieht, ist aber auch in den etablierten Demokratien von positiven Integrationswirkungen auszugehen. Entsprechende Effekte sind im Übrigen nicht auf die Teilarenen und besondere Aspekte der Parteiendemokratie beschränkt. Weitere Studien zeigen, dass das Ausmaß an ideologischer Polarisierung bzw. Polarität – im Sinne der Selbsteinstufung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala – auch die individuelle nicht-elektorale Partizipationsbereitschaft befördert (vgl. Kleiner 2016).

Es lassen sich also durchaus potentielle Effekte einer polarisierenden politischen Auseinandersetzung ausmachen, die als weithin wünschenswert gelten können. Diesen nicht selten übersehenen Funktionen politischer Polarisierung stehen jedoch beträchtliche *Kosten* gegenüber: Im Zentrum vieler Problemdiagnosen der amerikanischen Polarisierungsdiskussion steht das Phänomen „gridlock“, der Entscheidungsblockade innerhalb des Kongresses bzw. im Verhältnis von Präsident und Kongress (vgl. Binder 2014; Thurber/Yoshinaka 2015). Polarisierung führt nicht nur zu einer geringeren Anzahl von Gesetzen; es gibt auch eine erkennbare Tendenz, dass Entscheidungen zunehmend seltener im ideologischen Zentrum angesiedelt sind (Hare/Toole 2014, 422). Im Zweifelsfall mag der erstgenannte Aspekt weniger problematisch erscheinen, aber es wäre gewiss verfehlt, große „Nicht-Entscheidungen“ grundsätzlich nicht ebenfalls den politischen Entscheidungen im weiteren Sinne mit potentiell weitreichenden politisch-gesellschaftlichen Folgen zuzurechnen (vgl. Bachrach/Baratz 1963).

Das amerikanische Phänomen des „gridlock“ oder „deadlock“ bleibt unverstündlich ohne Berücksichtigung der spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in den USA: Von seinen institutionellen Eigenschaften, der Grundstruktur der Verfassungsordnung, ist das amerikanische Regierungssystem außerordentlich stark auf Gewaltentrennung gestimmt. Während die internationale Politikwissenschaft die Vereinigten Staaten zumeist als präsidentielles System klassifiziert, sprechen viele amerikanische Politikwissenschaftler in dieser Hinsicht sehr viel anschaulicher von einem „separation-of-powers system“ oder „separated system“ (vgl. etwa Jones 1995). Speziell unter den Bedingungen von „divided government“ (einer geteilten politischen Kon-

trolle von Präsidentenamt und Kongress), die das amerikanische System nach 1945 bis zur Gegenwart für rund Zweidrittel der Zeit kennzeichnete, tragen polarisierte Parteien statt zur Flexibilisierung der institutionellen Gewaltentrennung zu deren Befestigung und Akzentuierung bei.

Tatsächlich können und müssen die institutionellen Rahmenbedingungen des amerikanischen Regierungssystems als zentral für die beobachteten Wirkungen gelten, wie gelegentlich auch von amerikanischen AutorInnen ausdrücklich konstatiert wird. In diesem Sinne stellte Kenworthy völlig zu Recht fest: „Gridlock isn't an automatic result of party polarization. ... The problem is polarized parties in a political system with many 'veto points'“ (Kenworthy 2015, 16). Eine große Zahl institutioneller Vetospieler ist indes freilich keine potentielle Eigenschaft nur präsidentieller Systeme, und so sind folglich auch polarisierungsbedingte Entscheidungsblockaden grundsätzlich in allen institutionell komplexen Regierungssystemen möglich – selbst in Systemen, die für ihr herausragendes Potential politischer Konsensfindung bekannt sind, wie die Schweiz (vgl. Kriesi 2015, 736).

In institutionell komplexen parlamentarischen Demokratien bezieht sich eine wichtige Frage im Zusammenhang von Konflikt und Konsens im politischen Prozess darauf, ob bzw. in welchem Maße die institutionell beförderte kompetitive bzw. polarisierende Rhetorik unterschiedlicher Akteure in der elektoralen Arena deren Verhalten im parlamentarischen Entscheidungsprozess entspricht (vgl. Andeweg 2013). Stark gewaltenteilig angelegte institutionelle Arrangements konfrontieren vor allem die parlamentarische Opposition mit schwierigen Entscheidungen über die grundlegende Strategiewahl. Das Dilemma der parlamentarischen Opposition in Systemen dieses Typs besteht darin, dass von ihr sowohl eine sorgfältige Kontrolle der Regierung (mit personellem und sachpolitischem Alternativpotential) als auch die prinzipielle Bereitschaft zur „Mitregierung“ erwartet wird (so etwa traditionell in Deutschland; vgl. Helms 2002, Kap. 2).

Allerdings muss als unentschieden gelten, welches Maß an Übereinstimmung bzw. Unterschiedlichkeit im Agieren von Akteuren in unterschiedlichen Arenen als wünschenswert zu betrachten wäre. Die Forderung nach einer größtmöglichen Entsprechung erscheint mit Blick auf Kriterien wie Authentizität, Glaubwürdigkeit und daraus erwachsenden Ressourcen politischen Vertrauens gewiss plausibel, aber die negativen Folgen vollständiger Inflexibilität sind nicht zu unterschätzen. Im amerikanischen Kontext wurde dies gar als fundamentale Bedrohung der Möglichkeiten demokratischer Konfliktbearbeitung identifiziert. In diesem Sinne sprechen Gutmann und Thompson (2010, 1125) von einem „uncompromising mindset“, der durch eine Fixierung auf Prinzipien und ein prinzipielles Misstrauen gegenüber

politischen Gegnern gekennzeichnet sei. Als Folge einer kontinuierlichen Ausdehnung des Wahlkampfes in die entscheidungspolitische Arena hinein hat sich dieses Problem deutlich intensiviert und wird von den AutorInnen als einer der Hauptgründe für eine (gemessen an früheren Standards US-amerikanischer Politik) neuartige Kompromissunfähigkeit betrachtet.

In parlamentarischen Systemen ohne ein starkes institutionelles Mitregierungspotential der Opposition (und davon befeuerter gesellschaftlicher Erwartungen an die Opposition) ist diese vom faktischen Zwang konstruktiver Mitwirkung am Regierungsprozess gleichsam befreit. Ihre Zustimmung ist zumindest institutionell nicht erforderlich und kann von daher nicht in institutionell bedingten „gridlock“-Situationen enden. Damit ist allerdings nicht gesagt, dass hierdurch sämtliche negativen Wirkungen einer weitreichenden Polarisierung von vornherein ausgeschlossen sind. Der Vorwurf einer nur unzureichend reflektierten Ritualisierung, einer politischen Gegnerschaft aus Prinzip, besitzt beispielsweise auch in der Debatte über die Rolle der Opposition im britischen Westminster-System eine lange Tradition (vgl. Punnett 1973, 27). Tatsächlich besteht die erhöhte Gefahr, dass ein Pooling von Ressourcen unterschiedlicher parlamentarischer Kräfte zugunsten bestmöglicher Lösungen selbst bei Entscheidungen mit besonderer politischer Tragweite nicht zustande kommt. Dies passt zu der im amerikanischen Kontext formulierten These, dass weitreichende Polarisierung potentiell die Entwicklung und Aufrechterhaltung einer deliberativen politischen Entscheidungskultur hemmt und darunter letztlich auch die Qualität von Entscheidungen zu leiden droht (Epstein/Graham 2007, 17-18).

Es geht jedoch nicht allein um die Qualität und gesellschaftliche Akzeptanz einzelner politischer Entscheidungen (oder Nicht-Entscheidungen). In anderen Arbeiten zur politischen Polarisierung in den USA wurde vor allem auf die verheerenden Folgen der Polarisierung für das Vertrauen zwischen unterschiedlichen Gruppen hingewiesen. Die Anhänger jener Partei, die im Kongress nicht am Ruder sind, haben mittlerweile wenig bis gar kein Vertrauen mehr in die regierende Mehrheit (vgl. Hetherington/Rudolf 2015). In diesem Zusammenhang zwischen Polarisierung und Vertrauen ist eine fundamentale Bedrohung der Demokratie zu sehen, die augenscheinlich nicht auf die spezifischen Bedingungen des amerikanischen Regierungssystems beschränkt ist. Vielmehr wurde an anderer Stelle mit gutem Grunde argumentiert, dass das Gelingen der Demokratie grundsätzlich in einem kaum zu überschätzenden Maße von der Zustimmung der bei Wahlen unterlegenen Gruppen abhängt – „the losers' consent“, wie Anderson und seine MitautorInnen dies nannten (vgl. Anderson et al. 2005).

Mindestens so wichtig wie die Rahmenbedingungen polarisierender Handlungen und Strategien ist die

speziellere inhaltliche Qualität der Polarisierung: Difamierende Strategien der Polarisierung, die aus politischen Gegnern politische Feinde machen, können eindeutig nicht als positiver Beitrag zum Gelingen der Demokratie bewertet werden. Polarisierende Strategien dieser Art sind typisch vor allem für populistische Akteure. Die jüngere Forschung hat viel zur Erhellung des weiten Spektrums unterschiedlicher „Populismen“ beigetragen (vgl. Mudde/Kaltwasser 2012; Woods/Weinert 2014; Kriesi/Pappas 2015). Viele der besonders problematischen Polarisierungsstrategien betreffen das Agieren von Akteuren aus der Familie der rechtspopulistischen Parteien und Gruppierungen. Ihr programmatischer Kern liegt typischerweise zum einen auf der Kritik am „politischen Establishment“, zum anderen auf der Betonung „wahrer Volksherrschaft“ unter gezielter Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Minderheiten. Kennzeichnend ist jedenfalls die Verwendung populistisch-antagonistischer Argumentationsfiguren, eines „ausschließenden und zugleich nach innen homogenisierenden Antipluralismus, der binäre Oppositionen auf vertikaler und horizontaler Ebene herstellt“ (Ajanovic/Mayer/Sauer 2015, 76). Unabhängig von der Vielzahl unterschiedlicher argumentativer Variationen basiert die von rechtspopulistischen Akteuren betriebene Strategie der Polarisierung letztlich auf der These einer „Ungleichwertigkeit von sozialen Gruppen“ (vgl. Zick/Küpper 2015, 16), die mit dem Anspruch der liberalen Demokratie mit seiner Betonung von Gleichheit, Toleranz und Respekt schon im Ansatz nicht vereinbar ist. Im Zuge einer komplexen Transformation des Rechtspopulismus kam es in der jüngeren Vergangenheit zudem länderübergreifend zu einer Intensivierung, Radikalisierung und Ent-Tabuisierung gezielt diskriminierender rechtspopulistischer politischer Rhetorik (vgl. Wodak/Khosravinik/Mral 2013).

Gerade in jungen, noch wenig gefestigten Demokratien kann daraus schwerwiegender Schaden entstehen, insbesondere wenn es sich bei den populistischen Akteuren um Gruppen mit Regierungsmacht handelt. Ungarn kann dabei als ein besonders profiliertes Beispiel aus der europäischen Politik der Gegenwart, mit wichtigen Unterschieden zu vielen lateinamerikanischen Erfahrungen, gelten:

The Hungarian case shows that within the contexts of post-communist transition and of European integration the dynamics are different. Instead of a wholesale replacement of democratic rule the outcome is the maintenance of the party-centered electoral democracy, within which one of the established parties systematically drains the resources of its rivals and weakens the power of checks and balances (Enyedi 2015, 12).

Auf einem geringeren Niveau der Demokratisierung bzw. demokratischen Konsolidierung kann auch die Türkei als ein instruktiver Fall gelten, der durch weitreichende und problematische Effekte einer Kombination aus einer langjährigen Vormachtstellung einer Partei und pointiert polarisierenden Strategien der Machtausübung gekennzeichnet ist (vgl. Turam 2012; Keyman 2014).

Solche demokratiefeindlichen Formen der Polarisierung modifizieren freilich auch einige der oben als potentiell demokratieförderlich identifizierten Funktionen politischer Polarisierung in fundamentaler Weise. Wo polarisierende Akteure mit demokratiefeindlichen Agenden als Folge ihrer Mobilisierung längerfristige Bindungen erzeugen (von gefühlter Gruppenzugehörigkeit bis zu einer formalen Parteimitgliedschaft), werden deren problematische Effekte für die Demokratie verstetigt und potenziert. Es kommt nicht zu einer verstärkten bzw. vertieften Integration von BürgerInnen in das System, sondern vielmehr zu deren Ansiedlung jenseits der normativen Werteparameter des demokratischen Systems.

Mit Blick auf andere potentiell positive Funktionen der Polarisierung ergibt sich ein anderes Bild: So kann die besonders sorgfältige öffentliche Rechtfertigung von politischen Entscheidungen (und dabei nicht zuletzt von unpopulären Maßnahmen) durch verantwortliche Entscheidungseliten in Auseinandersetzung mit populistischer Agitation der Demokratiequalität und Legitimität eines Gemeinwesens sehr wohl zugutekommen.

Und schließlich können sich, im Kontext rechtspopulistischer Popularisierung betrachtet, einzelne Folgewirkungen politischer Polarisierung, wie insbesondere „gridlock“ als Folge des Zusammenfallens von ausgeprägtem institutionellen Pluralismus und weitreichender politischer Polarisierung, paradoxerweise unter Umständen gar als positive Erscheinung darstellen. Dies betrifft die mögliche Gegenwehr politischer Minderheiten gegen populistisch-polarisierende Regierungspolitik unter Ausnutzung bestehender institutioneller Vetopositionen. So stellte Dieter Grimm (1997) im anderen Zusammenhang schon vor vielen Jahren fest: „Blockade kann nötig sein!“ Im Gegensatz zu dem bei Grimm diskutierten Kontext (der Rolle des Bundesrates im Verfassungsgefüge des Grundgesetzes und in der Verfassungspraxis der Bundesrepublik Deutschland) gilt für Regime mit einer strukturellen Mehrheitsposition rechtspopulistischer Akteure freilich, dass „Blockade“ – mit Blick auf die Verteidigung grundlegender Mindeststandards liberaler Demokratie – zwar sehr wohl angezeigt, aber gleichwohl auf längere Sichte nur schwer realisierbar sein dürfte. Jedenfalls schließt rechtspopulistischer Gestaltungsanspruch üblicherweise die Beseitigung institutioneller Gegenmächte ausdrücklich ein.

4 Conclusio

Weder in seinen werte- noch in seinen handlungsbezogenen Dimensionen ist politische Polarisierung der Demokratie grundsätzlich wesensfremd. Das demokratische Bekenntnis zum Pluralismus und zum Recht auf Widerspruch schließt die Möglichkeit einer polarisierenden politischen Auseinandersetzung mit ein. In der repräsentativen Demokratie kann ein gewisses Maß an Polarisierung zwischen konkurrierenden Gruppen in ihrem Streben nach Erlangung demokratisch legitimer Macht geradezu als konstitutives Element dieses Systemtyps gelten.

In Teilen insbesondere des deutschen und österreichischen politischen Journalismus finden sich immer wieder einmal Stimmen, die von der Sehnsucht nach gleichsam grenzenloser Harmonie getragen sind. Man trifft auf lakonische Hinweise wie: „Im Ende der Polarisierung liegt die größte Chance für die Versachlichung von Politik“ (Fehrle 2013). Das mag mit Blick auf spezielle Problemszenarien zutreffend sein. Als Grundmaxime für ein freiheitlich-pluralistisches Gemeinwesen, das seine Legitimation auch aus der Existenz substantieller politischer Alternativen und der Aussicht auf politische Wechsel bezieht, taugt sie jedoch nicht. Den Pluralismus des politisch-programmatischen Angebots, dessen die Demokratie bedarf, gilt es im Übrigen auch zu schützen gegen die im Kern demokratiefeindliche Behauptung, es gäbe eine schweigende Mehrheit jenseits aller von den unterschiedlichen Parteien vertretenen Positionen. Tatsächlich ließe sich dem Ruf nach einem „Ende der Polarisierung“ die Parole „Mehr Polarisierung wagen!“ (Afanasjew 2015) entgegensetzen – im Sinne einer Aufforderung zu einer selbstbewussteren Verteidigung der Grundwerte einer liberalen Demokratie durch die Zivilgesellschaft.

Eingehendere Bewertungen der Wirkungen politischer Polarisierung sind nur unter angemessener Berücksichtigung des spezielleren Charakters der Polarisierung und des jeweiligen Kontextes möglich. Selbst im Rahmen günstiger politischer und gesellschaftlicher Kontextbedingungen gilt jedoch: Wo politische Polarisierung ein Ausmaß erreicht, durch das ein tiefes Misstrauen von Wahlverlierern in die Regierung erzeugt wird, einschließlich der Gefahr einer nachhaltigen Beschädigung auch des „Systemvertrauens“ unter den Betroffenen, ist ein kritischer Zustand erreicht. Dabei lässt sich durchaus plausibel argumentieren, dass eine stark polarisierte politische Landschaft und die mit ihr einhergehende politische Logik eine gezielte Machtkonzentration und damit zugleich eine weitere Vertiefung des Grabens zwischen der Regierung und deren politischen Herausforderern systematisch begünstigen: Da die potentiellen Kosten eines Verlusts von Regierungsmacht in einem System mit intensiver politischer

Polarisierung steigen, erhöhen sich zugleich die Anreize für regierende Mehrheiten, ihre Position durch eine Veränderung der institutionellen Spielregeln zu ihren Gunsten nach Kräften zu befestigen“ (vgl. Körösenyi 2013, 25).

Auch wenn die systemischen Effekte unterhalb dieser Schwelle bleiben, kann die mögliche Verfeindung ganzer gesellschaftlicher Gruppen schwerlich als unbedeutender Nebeneffekt radikaler politischer Polarisierung gelten. Wie ein amerikanischer Gelehrter in diesem Zusammenhang konstatierte:

Americans may or may not be further apart on the issues than they used to be. But clearly what divides them politically is increasingly personal, and this in many ways may be worse. We don't just disagree politely about what is the best way to reform the health care system. We believe that those on the other side are trying to destroy America, and that we should spare nothing in trying to stop them (Gentzkow 2016, 20).

Vor allem Formen politischer Polarisierung, die schon vom Ansatz her nicht den grundlegenden Ideen der liberalen Demokratie verpflichtet sind – wie insbesondere die exkludierende und herabsetzende Rhetorik rechtspopulistischer Akteure – müssen als hochproblematisch und eindeutig schädlich für die Demokratie betrachtet werden. Eine Vereinbarkeit dieser Formen der Polarisierung mit der Demokratie ließe sich letztlich nur um den Preis einer Revision des Demokratiebegriffs selbst herstellen – eine Herausforderung, die sich insbesondere mit Blick auf Regime stellt, die von entsprechenden Akteuren kontrolliert werden (vgl. Pappas 2014). Tatsächlich haben einige der älteren Begriffe aus dem Umfeld der politikwissenschaftlichen Erforschung „defekter Demokratien“ – wie insbesondere jener der „illiberalen Demokratie“ (Zakaira 1997) – mit gewissen Modifikationen mittlerweile auch die politische Arena erreicht. Dabei entbehrt es nicht einer schmerzlichen Ironie, dass der „illiberale Staat“ gelegentlich weniger als zentrales Sujet oppositioneller Regimekritik von sich reden machte, sondern vielmehr – so im Falle Victor Orbáns und Fidesz (vgl. Woodard 2015) – unverhohlen zum positiven Ziel des politischen Strebens einer demokratisch gewählten Regierung erklärt wurde.

Literatur

- Afanasjew, Nik (2015). Mehr politische Polarisierung wagen!, Tagesspiegel online, 12. November 2015. Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-fluechtlinge-mehr-politische-polarisierung-wagen/12575244.html> (Zugriff: 1.10.2016)
- Ajanovic, Edma/Stefanie Mayer/Birgit Sauer (2015). Umkämpfte Räume: Antipluralismus in rechtsextremen Diskursen in Österreich, in: *Austrian Journal of Political Science*, Vol. 44(2), 75–85.
- Alder, Simon/Yikai Wang (2014). *Divide and Rule: An Origin of Polarization and Ethnic Conflict*, Working Paper 423, University of Zurich, Department of Economics.
- Anderson, Christopher J./André Blais/Shawn Bowler/Todd Donovan/Ola Listhaug (2005). *Losers' Consent: Elections and Democratic Legitimacy*, Oxford.
- Andeweg, Rudy (2013). *Parties in Parliament: The Blurring of Opposition*, in: W.C. Müller/H.M. Narud (Hg.): *Party Governance and Party Democracy*, New York, 99–114.
- Armingeon, Klaus/Sarah Engler (2015). Polarisierung als Strategie: Die Polarisierung des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich, in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hg.): *Wahlen und Wählerschaften in der Schweiz*, Zürich, 355–380.
- Bachrach, Peter/Morton S. Baratz (1963). *Decisions and Nondecisions: An Analytical Framework*, in: *The American Political Science Review*, Vol. 57(3), 632–642
- Binder, Sarah (2014). *Polarized We Govern?*, Working Paper, May 2014, Center for Effective Public Management at Brookings, Washington, DC.
- Bonura, Carlo (2015). *Political Polarization, Transition, and Civil Society in Thailand and Malaysia*, Middle East Institute, 22 September. Internet: <http://www.mei.edu/content/map/political-polarization-transition-and-civil-society-thailand-and-malaysia> (Zugriff: 1.10.2016)
- Bornschieer, Simon (2009). *Cleavage Politics in Old and New Democracies*, *Living Reviews in Democracy*. Internet: <http://www.livingreviews.org/lrd-2009-6> (Zugriff: 1.10.2016)
- Brennan, Jason/Lisa Hill (2014). *Compulsory Voting: For and Against*, Oxford.
- Brewer, Mark D./Jeffrey M. Stonecash (2015). *Polarization and the Politics of Personal Responsibility*, New York/Oxford.
- Christiano, Tom (2015). *Democracy*, in: Edward N. Zalta (Hg.): *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Spring 2015 Edition). Internet: <http://plato.stanford.edu/entries/democracy/> (Zugriff: 1.10.2016)
- Dahl, Robert (1961). *Who Governs? Democracy and Power in an American City*, New Haven.
- Dahl, Robert (1966). *Political Opposition in Western Democracies*, New Haven.
- Dalton, Russell J. (2008). *The Quantity and the Quality of Party Systems: Party System Polarization, Its Measurement, and Its Consequences*, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 41(7), 899–920.

- De Fine Licht*, Jenny/ Daniel Naurin/Peter Esaiasson/Mikael Gilljam (2014). When Does Transparency Generate Legitimacy? Experimenting on a Context-Bound Relationship, in: *Governance*, Vol. 27(1), 111–134.
- de la Torre*, Carlos (Hg.) (2015). *The Promise and Perils of Populism: Global Perspectives*, Lexington.
- Delwit*, Pascal (2013). The End of Voters in Europe? Electoral Turnout in Europe since WWII, in: *Open Journal of Political Science*, Vol. 3(1), 44–52.
- Enyedi*, Zsolt (2015). Populist Polarization and Party System Institutionalization: The Role of Party Politics in De-Democratization, Working Paper, Johns Hopkins University, School of Advanced International Studies, Center for Transatlantic Relations, 12 May 2015. Internet: <http://transatlanticrelations.org/sites/default/files/Zsolt%202-Populist%20Polarization.pdf> (Zugriff: 1.10.2016)
- Epstein*, Diana/John D. Graham (2007). Polarized Politics and Policy Consequences, Occasional Paper, Pardee Rand Graduate School.
- Evans*, Jocelyn A.J. (2002). In Defence of Sartori: Party System Change, Voter Preference Distributions and Other Competitive Incentives, in: *Party Politics*, Vol. 8(2), 155–174.
- Fehrle*, Brigitte (2013). Vom Ende der Parteien-Polarisierung, in: *Frankfurter Rundschau*, 2 Januar. Internet: <http://www.fr-online.de/meinung/leitartikel-zu-angela-merkel-und-philipp-roesler-vom-ende-der-parteien-polarisierung,1472602,21368188.html> (Zugriff: 1.10.2016)
- Fraenkel*, Ernst (2011). *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 9. Aufl., Baden-Baden.
- Gentzkow*, Matthew (2016). Polarization in 2016, Toulouse Network of Information Technology Whitepaper.
- Grimm*, Dieter (1997). Blockade kann nötig sein, in: *Die Zeit* vom 10. Oktober, 9.
- Gutmann*, Amy/Dennis Thompson (2010). The Mindsets of Political Compromise, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 8(4), 1125–1143.
- Han*, Sung Min (2015). Income Inequality, Electoral Systems and Party Polarization, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 54(3), 582–600.
- Handlin*, Samuel (2014). The Politics of Polarization: Governance and Party System Change in Latin America, 1990–2010, Kellogg Institute Working Paper 401, University of Notre Dame.
- Hare*, Christopher/Keith T. Poole (2014). The Polarization of Contemporary American Politics, in: *Polity*, Vol. 46(3), 411–429.
- Helms*, Ludger (2002). Politische Opposition: Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen, Opladen.
- Helms*, Ludger (2016). Democracy and Innovation: From Institutions to Agency and Leadership, in: *Democratization*, Vol. 23(3), 459–477.
- Hetherington*, Marc J. (2008). Turned Off or Turned On: The Effects of Polarization on Political Participation, Engagement, and Representation, in: Pietro S. Nivola/David D. Brady (Hg.): *Red and Blue Nation?*, Vol. 2: Consequences and Correction of America's Polarized Politics, Washington DC, 1–33.
- Hetherington*, Marc J. (2009). Putting Polarization in Perspective, in: *British Journal of Political Science*, Vol. 39(2), 413–448.
- Hetherington*, Marc J./Thomas J. Rudolf (Hg.) (2015). *Why Washington Won't Work: Polarization, Political Trust, and the Governing Crisis*, Chicago.
- Iversen*, Torben/David Soskice (2015). Information, Inequality, and Mass Polarization: Ideology in Advanced Democracies, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 48(13) 1781–1813.
- Jewitt*, Caitlin E./Paul Goren (2016). Ideological Structure and Consistency in the Age of Polarization, in: *American Politics Research*, Vol. 44(1), 81–105.
- Jones*, Charles O. (1994). *The Presidency in a Separated System*, Washington, DC.
- Kenworthy*, Lane (2015). Political Polarization, in: *The Good Society*, May 2015. Internet: <http://lanekenworthy.net/political-polarization/> (Zugriff: 1.10.2016)
- Keyman*, E. Fuat (2014). The AK Party: Dominant Party, New Turkey and Polarization, in: *Insight Turkey*, Vol. 16(2), 19–31.
- Kleiner*, Tuuli-Marja (2016). Führt Polarisierung zu politischem Engagement?, in: *Swiss Political Science Review*, Vol. 22(3), 353–384.
- Körösényi*, András (2013). Political Polarization and its Consequences on Democratic Accountability, in: *Corvinus Journal of Sociology and Social Policy*, Vol. 4(2), 3–30.
- Kosack*, Stephen/Archon Fung (2014). Does Transparency Improve Governance?, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 17, 65–87.
- Kriesi*, Hanspeter (1998). The Transformation of Cleavage Politics, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 33(2), 165–185.
- Kriesi*, Hanspeter (2015). Conclusion: The Political Consequences of Polarization of Swiss Politics, in: *Swiss Political Science Review*, Vol. 21(4), 724–739.
- Kriesi*, Hanspeter/Takis S. Pappas (Hg.) (2015). *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester.
- Lakoff*, Sanford (2015). Inequality as a Danger to Democracy: Reflections on Piketty's Warning, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 130(3), 425–447.
- Layman*, Geoffrey C./Thomas M. Carsey/Juliana Menasce Horowitz (2006). Party Polarization in American Politics: Characteristics, Causes, Consequences, in: *Annual Review of Political Science*, Vol. 9, 83–110.

- Lelkes, Yphtach* (2016). Mass Polarization: Manifestations and Measurements, in: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 80(1), 392–410.
- Levendusky, Matthew S.* (2010). Clearer Cues, More Consistent Voters: A Benefit of Elite Polarization, in: *Political Behavior*, Vol. 32(1), 111–131.
- Levendusky, Matthew/Neil Malhotra* (2016). Does Media Coverage of Partisan Polarization Affect Political Attitudes?, in: *Political Communication*, Vol. 33(2), 283–301.
- Lipset, Seymour/Stein Rokkan* (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Seymour *Lipset/Stein Rokkan* (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York, 1–64.
- Lijphart, Arend* (2015). Polarization and Democratization, in: Nathaniel *Persily* (Hg.): *Solutions to Political Polarization in America*, Cambridge, 73–82.
- Lupu, Noam* (2015). Party Polarization and Mass Partisanship: A Comparative Perspective, in: *Political Behaviour*, Vol. 37(2), 331–356.
- Mair, Peter* (2008). The Challenge to Party Government, in: *West European Politics*, Vol. 31(1–2), 211–234.
- McCarty, Nolan/Keith T. Poole/Howard Rosenthal* (2006). *Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches*, Cambridge, MA.
- Merkel, Wolfgang* (2011). Volksabstimmungen: Illusion und Realität, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 44–45, 47–55.
- Merkel, Wolfgang/Brigitte Weiffen* (2012). Does Heterogeneity Hinder Democracy?, in: *Comparative Sociology*, Vol. 11(3), 387–421.
- Mudde, Cas/Cristóbal Rovira Kaltwasser* (Hg.) (2012). *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge.
- Nagel, Melanie* (2014). *Polarisierung im politischen Diskurs: Eine Analyse dynamischer Wissens- und Diskursnetzwerke am Beispiel von „Stuttgart 21“*, Dissertation, Universität Konstanz.
- Pappas, Takis S.* (2014). *Populist Democracies: Post-Authoritarian Greece and Post-Communist Hungary*, in: *Government and Opposition*, Vol. 49(1), 1–23.
- Persily, Nathaniel* (Hg.) (2015). *Solutions to Political Polarization in America*, Cambridge.
- Peter, Fabienne* (2014). *Political Legitimacy*, in: Edward N. *Zalta* (Hg.): *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Winter 2014 Edition). Internet: <http://plato.stanford.edu/archives/win2014/entries/legitimacy> (Zugriff: 1.10.2016)
- Pfaller, Alfred* (2012). *Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland*, Bonn. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09180.pdf> (Zugriff: 1.10.2016)
- Piketty, Thomas* (2014). *Capital in the Twenty-First Century*, Cambridge, MA.
- Punnett, R.M.* (1973). *Front-Bench Opposition*, London.
- Raschke, Joachim/Ralf Tils* (2013). *Politische Strategie: Eine Grundlegung*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Rosenfeld, Sam H.* (2014). *A Choice, Not an Echo: Polarization and the Transformation of the American Party System*, Dissertation, Harvard University.
- Sartori, Giovanni* (1976). *Parties and Party Systems*, Cambridge.
- Sitter, Nick* (2002). Cleavages, Party Strategy and Party System Change in Europe, East and West, in: *Perspectives on European Politics and Society*, Vol. 3(3), 425–451.
- Schäfer, Armin* (2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Vol. 4(1), 131–156.
- Schmidt, Manfred G.* (2010). *Wörterbuch zur Politik*, 3. Aufl. Stuttgart.
- Schmitter, Philippe C./Alexander H. Trechsel* (2004). *The Future of Democracy in Europe: Trends, Analyses and Reforms*, Brussels.
- Smidt, Corwin D.* (2015). Polarization and the Decline of the American Floating Voter, in: *American Journal of Political Science*.
- Thurber, James A./Antoine Yoshinaka* (Hg.) (2015). *American Gridlock: The Sources, Character, and Impact of Political Polarization*, New York/Cambridge.
- Turam, Berna* (2012). Turkey Under the AKP: Are Civil Liberties Safe?, in: *Journal of Democracy*, Vol. 23(1), 109–118.
- Unver, H. Akin* (2008). AKP, Discourse Polarization and Party Discipline, in: *Hürriyet vom 29 September*. Internet: <http://www.hurriyetdailynews.com/akp--discourse-polarization-and-party-discipline.aspx?pageID=438&n=akp--discourse-polarization-and-party-discipline-2008-09-29> (Zugriff: 1.10.2016)
- Wodak, Ruth/Majid Khosravinik/Brigitte Mral* (Hg.) (2013). *Rightwing Populism in Europe: Politics and Discourse*, London.
- Woodard, Colin* (2015). Letter from Budapest: Europe's New Dictator, in: *Politico Magazine vom 17. Juni*. Internet: <http://www.politico.com/magazine/story/2015/06/hello-dictator-hungary-orban-viktor-119125> (Zugriff: 1.10.2016)
- Woods, Dwayne/Barbara Weinert* (Hg.) (2014). *The Many Faces of Populism*, Bingley.
- Zakaria, Fareed* (1997). The Rise of Illiberal Democracy, in: *Foreign Affairs*, Vol. 76(6), 22–43.
- Zick, Andreas/Beate Küpper* (2015). Rechtspopulistische Überzeugungen der Mitte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Vol. 40/2015, 9–16.

Autor

Ludger Helms, geb. 1967 (Oldenburg), ist seit 2008 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck; zuvor Affiliationen an der Universität Heidelberg, dem Institut für Höhere Studien, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Webster University sowie zahlreiche Visiting Fellowships an internationalen Universitäten (Harvard, Berkeley, LSE, Tokio, CEU, LUISS, Barnard/Columbia). Mitglied des Editorial Boards mehrerer internationaler Fachzeitschriften (*Asian Journal of Comparative Politics, Government and Opposition, European Political Science, Social Sciences, Zeitschrift für Politikwissenschaft*) und wissenschaftlicher Buchreihen (u.a. *Palgrave Studies in Political Leadership*); Sprecher des Forschungszentrums *Spheres of Governance* an der Universität Innsbruck. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenpublikationen, zuletzt u.a. in: *Acta Politica, British Journal of Politics and International Relations, Contemporary Politics, Current History, European Political Science Review* und *Democratization*.